

# Mein Standpunkt: Die Energiewende jetzt vernünftig im Konsens umsetzen!

Beitrag von Dr. Otmar Bernhard, MdL

ehem. Bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

*Der 11. März 2011 hat die Welt verändert. Die Naturkatastrophe in Japan zeigte, wie verletzlich selbst eine hoch entwickelte Industrienation ist. Trotz aller modernen Technik bleibt die Natur nach wie vor unberechenbar. Auch Deutschland wurde mit dem 11. März und vor allem dem durch die Naturkatastrophe verursachten Reaktorunfall in Fukushima verändert. Die Bevölkerung in unserem Land ist tief verunsichert und eine neue Debatte um die Sicherheit unserer Kernkraftwerke wurde zu Recht aufgenommen. Die Beendigung des Atomzeitalters und die sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke in Deutschland sind nicht nur Forderungen der beflügelten Oppositionsparteien, sondern breiter Teile der Bevölkerung. Doch ein sofortiger Ausstieg ist weder machbar noch vernünftig. Die Kernenergie wird als Brückentechnologie nach wie vor gebraucht. Ohne sie kann die Energiewende nicht vollzogen werden.*

1



Die Bundesregierung hat mit dem Moratorium auf die dramatischen Ereignisse in Japan vernünftig und verantwortlich reagiert. Wenn die Gesellschaft nach einem einschneidenden Ereignis die Erfahrungen

aus Japan auswertet, die Sicherheitsstandards neu fasst und die Restrisiken ethisch neu bewertet, dann ist dies nur vernünftig und selbstverständlich. Dasselbe gilt für das verhängte Moratorium für die alten Meiler, die den aktuellen neuen Anforderungen an Kernkraftwerke nicht entsprechen. Die Behauptung, dies sei nur ein wahlkampfaktisch motivierter Schritt gewesen, greift zu kurz und ist selbst parteipolitisch motiviert. Denn wenn man sich die Situation genau ansieht, dann muss man schnell feststellen, dass zum einen der grundsätzliche Ausstieg aus der

Kernenergie bis 2035 bereits Gesetzeslage ist und zum anderen der sofortige Ausstieg aus verschiedenen rechtlichen und technischen Gründen nicht möglich ist. In der derzeitigen Debatte geht es in Wirklichkeit allein um die Frage, wie schnell der Ausstieg zu erreichen ist und ob das Ausstiegstempo beschleunigt werden kann. Dies muss man sich bewusst machen und auch den Menschen ehrlich sagen, wenn man vernünftig und lösungsorientiert arbeiten möchte.

## Die Energiewende startet nicht bei Null

Populistische Rufe nach dem Start der Energiewende zeugen von Ahnungslosigkeit. Die Energiewende ist längst eingeläutet und seit Jahren laufen verschiedenste Maßnahmen, um die erneuerbaren Energien auszubauen. Man muss nicht bei Null anfangen. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) und die Energieeinsparverordnung (EnEV) sind richtungweisende gesetzliche Schritte des Bundes.

Hinzu kommen verschiedenste Förderprogramme. Auf deren Basis konnte der Anteil der erneuerbaren Energiequellen bis heute auf 17 Prozent der Stromversorgung in Deutschland gesteigert und die energetische Gebäudesanierung entscheidend vorangebracht werden. Der Freistaat hat zudem ein Bayerisches Klimaprogramm aufgestellt, das bis 2020 ehrgeizige Ziele wie u.a. eine erhebliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, eine Steigerung der Energieproduktivität um 30 Prozent und die massive Förderung der erneuerbaren Energien in Bayern vorsieht. Bund und Länder haben bereits die letzten Jahre große Kraftanstrengungen auf sich genommen, um die Energiewende einzuleiten.

### Energiekonzept des Bundes

Im Herbst 2010 hat die Bundesregierung ein Energiekonzept beschlossen, das in der Öffentlichkeit allein als Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wahrgenommen wurde. In der Tat hat das Paket jedoch eine Lücke geschlossen, die mit dem 2002 in Kraft getretenen Atomausstieg der damaligen rot-grünen Bundesregierung nicht realistisch eingeschätzt wurde. Folgende Probleme bestanden: die durch den Wegfall der Kernenergie verursachte Stromlücke hätte mit Stromimporten aus Kernkraft unserer Nachbarländer ausgeglichen werden müssen. Alternativ hätte ein Ausbau der fossilen Energieträger die Stromlücke schließen müssen, was jedoch alle Umwelt- und Klimaschutzziele konterkariert hätte. Zudem war die Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energieträger ungeklärt. Vor diesem Hintergrund entwickelte die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept letztes Jahr eine Gesamtstrategie, die einen realistischen Weg zur Energiewende vorsieht. Bis spätestens 2050 sollen nun die regenerativen Energien die Hauptlast der Energieversorgung übernehmen. Finanziert wird die Energiewende indem die Kernkraftbetreiber über die Kernbrennstoffsteuer und die Einzahlungen in den Klima- und Energiefonds an

den Kosten entscheidend beteiligt werden. Die Kernenergie stellt damit nicht nur als Brückentechnologie die Energieversorgung bis zum Vollzug der Energiewende sicher, sondern finanziert die Energiewende auch maßgeblich mit. Darum ging es im Kern und nicht allein um die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke.

In der derzeitigen Diskussion stellen sich nun drei wesentliche Fragen:

- Welche Erfahrungen aus Japan müssen zu einer Veränderung unserer Sicherheitsstandards führen?
- Wie soll nach den Erfahrungen aus Japan mit dem Restrisiko der Kernkraft umgegangen werden?
- Wie kann die eingeleitete Energiewende beschleunigt und vernünftig erreicht werden?

### Wie ist das Restrisiko der Kernkraft neu zu bewerten?

Zur Beantwortung der Frage nach dem Umgang mit dem Restrisiko ist das von der Bundesregierung eingesetzte Moratorium hilfreich. Nun kann u.a. mit Hilfe der Ethik-Kommission ohne Zeitdruck vernünftig über die Lehren aus Japan, die Fragen der Sicherheitsstandards und die Einschätzung der Restrisiken der Kernkraft nachgedacht werden. Die vorläufige Abschaltung der ältesten sieben Kernkraftwerke nimmt zudem den Druck aus dieser Diskussion und den Menschen zum Teil ihre Angst. Um es aber noch einmal zu betonen: es geht nicht um die Frage, ob aus der Kernkraft ausgestiegen werden soll. Dies ist nach wie vor grundsätzlicher Konsens. Es geht vielmehr um den Weg und den Zeitraum, in dem die Energiewende vernünftig also ohne Ausbau der klimaschädlichen fossilen Energieträger, ohne Abhängigkeit von Stromimporten aus Kernenergie unserer Nachbarn und ohne finanzielle Überbelastung der Verbraucher erreicht werden kann.

## Wie kann die Energiewende beschleunigt und vernünftig erreicht werden?

Alle bisherigen Planungen für die Energiewende werden nun auf den Prüfstand gestellt. Die Staatsregierung arbeitet bis Mitte Mai an einem Energiekonzept für den Freistaat, das zum Ziel hat, zu eruieren, wie und mit welchen Mitteln die Energieversorgung Bayerns in den nächsten zehn Jahren auf erneuerbare Energien umgestellt werden kann. Dabei ist nicht nur zu überlegen, wie die erneuerbaren Energien quantitativ und qualitativ ausgebaut werden können, sondern auch, wie Energieeinsparung und eine Steigerung der Energieeffizienz voran getrieben werden können, welche Kapazitätserhöhung der Energienetze notwendig ist und welcher Bedarf an Speicherkapazitäten und Speichertechnologien besteht.

Nicht nur für Bayern, für ganz Deutschland ist eine realistische Potentialabschätzung der erneuerbaren Energien notwendig. Entscheidend ist, welche Kapazitäten zur Schließung der Stromlücke nach schrittweiser Abschaltung der Kernkraft benötigt werden. Auch ist zu klären, mit welchen Energiequellen, über welche Netze und welche Speicherkraftwerke diese Lücken gefüllt werden können. Neben allen technischen Fragen ist aber vor allem die Finanzierung zu klären und zu lösen. Hier muss der Gesellschaft Ross und Reiter genannt und ggf. eine Prioritätenverschiebung im Bundeshaushalt vorgenommen werden. Der Gesellschaft muss klar sein, dass die beschleunigte Energiewende sehr viel Geld kosten wird.

## Rahmenbedingungen für die Energiewende neu definieren

Für die Entwicklung einer beschleunigten Strategie zur Erreichung der Energiewende gilt es einige Rahmenbedingungen grundlegend festzulegen. Denn nur so können größere Opportunitätskosten

bzw. unvernünftige Nebenwirkungen verhindert werden:

- Am Ziel des Klimaschutzes und der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen darf nicht gerüttelt werden. Der Ersatz der Kernenergie durch fossile Energieträger, also mit Kohle und Gas, ist daher keine Option.
- Auch ist der Stromimport von ausländischen Kernkraftwerken nicht akzeptabel. Die Stromlücke muss belastbar aus inländischen Energiequellen geschlossen werden.
- Im Interesse aller Menschen und der Wirtschaft muss die Versorgungssicherheit garantiert sein. Dafür ist ein bundesweites Energiemanagement zu errichten, so dass keine Stromrationierungen notwendig sind, wenn z.B. über die Windkraft keine Stromerzeugung möglich ist.
- Um die Stromversorgung des ganzen Landes sicherstellen zu können, brauchen wir so genannte intelligente Stromnetze mit ausreichenden Kapazitäten und einen gesellschaftlichen Konsens für den Bau neuer ober- und unterirdischer Leitungen.
- Gleiches gilt für den Bau von Pumpspeicherkraftwerken. Diese sind notwendig, um zum Beispiel den bei starken Winden entstehenden überschüssigen Strom speichern, bei Flaute nutzen und in das Stromnetz einspeisen zu können. Auch hier muss es einen gesellschaftlichen Konsens für den Bau dieser Kraftwerke geben.
- In der Einsparung von Energie liegt zudem noch ein großes Potential. Hier müssen Anreize und Pflichten geschaffen werden. Insbesondere trifft dies auf die energetische Gebäudesanierung zu.
- Zudem sind im Interesse der Endverbraucher die Stromkosten im Blick zu halten und unverhältnismäßige Preissteigerungen zu verhindern.
- Außerdem ist die Rechtssituation zu klären, so dass die sukzessive Abschaltung aller Kernkraftwerke ohne Schadensersatzansprüche der Betreiber vollzogen werden kann.

- Zudem ist eine von Rot-Grün lange Zeit blockierte Lösung für die Endlagerung des Atommülls energisch voranzutreiben.

Alles in allem stellen diese Kriterien Politik und Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Die Politik muss die Rahmenbedingen für die beschleunigte Energiewende schaffen und die Finanzierung ermöglichen. Die Gesellschaft muss bereit sein, die Konsequenzen der Energiewende mitzutragen, Energie einzusparen, nicht gegen jede Einzelmaßnahme zu klagen und auch die Kosten bzw. Prioritätenverlagerung im Bundeshaushalt zu akzeptieren. Der Staat alleine kann die Energiewende nicht bewerkstelligen.

### Kern der Diskussion nach Fukushima

In den nächsten Wochen werden die Lehren aus dem Reaktorunglück in Fukushima im Mittelpunkt des Moratoriums und der öffentlichen Diskussion stehen. Hier zu Lande gibt es keine Tsunamis und Erdbeben der Stärke 9. Auch die Missachtung von Auflagen und das Ausbleiben von Kontrollen, wie es angeblich in Fukushima der Fall war, sind nach meiner Kenntnis in den deutschen Kernkraftwerken nicht vorgekommen. Fukushima ist folglich nicht auf Deutschland eins zu eins zu übertragen.

Durch die Vorfälle in Japan hat sich in Deutschland das sogenannte Restrisiko der Kernkraft nicht verändert. Dennoch setzt die Gesellschaft andere Bewertungsmaßstäbe an. Daher ist zu klären, wie wir in unserer Gesellschaft mit Restrisiken wie einem Terroranschlag ob mit einem Flugzeug oder einem Bombenanschlag oder einem Cyberangriff oder mit der an einzelnen Standorten bestehenden Erdbebengefahr umgehen und diese werten wollen. Ebenso müssen wir klären, ob eine Veränderung unserer Sicherheitsstandards im Detail notwendig ist.

Auch ist die Größe der tatsächlichen Stromlücke zu ermitteln, so dass die Frage bleibt, wie viele Kern-

kraftwerke wir als Brückentechnologie brauchen und welche das nach dem Stresstest sein können.

Um die Energiewende zu bewerkstelligen, bedarf es einer gewaltigen nationalen Anstrengung. Auch müssen wir darauf dringen, dass die internationalen Sicherheitsstandards möglichst weitgehend unserem Niveau angepasst werden.

### Appell an alle politischen Kräfte

Wenn sich der Pulverdampf des Wahlkampfes verzogen und die Gemüter beruhigt haben werden, dann sind alle politischen Kräfte aufgerufen, das Angebot der Bundeskanzlerin zur Herstellung eines nationalen Energiekonsenses anzunehmen. Es wird eine gemeinsame Strategie zu finden sein, zu der alle Seiten ihren Beitrag zu leisten haben. Das gilt für Union und FDP hinsichtlich einer Neubewertung der Restrisiken der Kernkraft sowie der Zeitspanne der Energiewende. Das gilt für Grüne und SPD hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Regierungsmaßnahmen sowie der Blockade der Konsequenzen der Energiewende vor Ort.

Wenn dies für die politischen Kräfte die Lehren aus Japan sind, dann wird es Deutschland gelingen, eine gewaltige nationale Herausforderung zu stemmen und ein produktives und zukunftsfähiges Energiekonzept zu entwickeln.

*Dr. Otmar Bernhard war 2007/2008 als Bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und zuvor von 2005 bis 2007 als Staatssekretär zuständig für die Atomaufsicht.*